

Vortrag von Prof. Dr. Christopf Butterwegge bei der Tagung „*Der Ton macht Musik – Die Rolle politischer Kommunikation im Kontext rechtsextremer Einstellungen*“ am 5. März 2008 in der Friedrich-Ebert-Siftung, Berlin.

Christoph Butterwegge

Politische Kommunikation und rechtsextreme Einstellungen am Beispiel medialer Diskurse über Zuwanderung und die demografische Entwicklung

Mit der Semantik – das ist sicher, obwohl die Medienwirkungsforschung ein schwieriges Feld darstellt und widerspruchsfreie Resultate selten sind – wird Politik gemacht. In der Bundesrepublik wie anderswo fungieren Sprache und Bilder geradezu als mediale Transportmittel, um Kernideologien des Rechtsextremismus wie Rassismus, Nationalismus, Sozialdarwinismus, Sexismus und Militarismus bzw. Spurenelemente davon in die Köpfe der Menschen hinein zu bringen. Dies geschieht meistens nicht gezielt und bewusst, sondern häufiger ungewollt, was nicht heißt, dass es keine Propaganda, politischen Kampagnen und Manipulationen gäbe. Hier soll anhand zweier Diskurse, mit denen ich mich seit vielen Jahren beschäftige, gezeigt werden, wie rechte bzw. rechtsextreme Inhalte mehr oder weniger schleichend in die Mitte der Gesellschaft vordringen: Sowohl im Demografie-Diskurs als auch im Zuwanderungsdiskurs werden Themen der Rechten seit geraumer Zeit zu Themen der Mitte, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sich diese nicht im Sinne einer größeren Sensibilität bemüht, entsprechende Bewusstseinsinhalte abzuwehren.

1. Der mediale Demografie-Diskurs: „Vergreisung“ und „Aussterben“ des deutschen Volkes als Horrorszenarien

Über die Demografie und damit verbundene Probleme wie den Geburtenrückgang, abnehmende Fertilitätsraten oder den Bevölkerungsschwund wurde in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie ähnlich rege diskutiert wie zuletzt. Das öffentliche Reden und Schreiben über die künftige Bevölkerungsentwicklung, im Folgenden als „Demografiediskurs“ bezeichnet, hat zwei nur analytisch voneinander zu trennende Teilaspekte: Einerseits dreht sich die Debatte um *Folgen* des demografischen Wandels (Destabilisierung der sozialen Sicherungssysteme durch die angebliche „Vergreisung“ der Gesellschaft). Dabei dient Demografie als Mittel der sozialen Demagogie, anders gesagt: einer Legitimation der Kürzung sozialstaatlicher Transferleistungen.¹ Andererseits stehen die *Ursachen* des Geburtenrückgangs und ihre *Beseitigung* durch eine pronatalistische, die Fertilität (deutscher Frauen) fördernde Bevölkerungspolitik zur Diskussion. Mit dem Hinweis auf die vermeintliche „Bevölkerungsexplosion“ in der sog. Dritten Welt wiederum werden gezielt Ängste vor Wanderungsbewegungen, „Flüchtlingsströmen“ und „Asylantenfluten“ geschürt, die sich mittels entsprechender Horrorszenarien von drohender „Überflutung“ medial ausschlachten lassen.²

¹ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 3. Aufl. Wiesbaden 2006, S. 105 ff.; ders., *Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik*, in: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*, 2. Aufl. Wiesbaden 2008, S. 146 ff.

² Vgl. ergänzend: Christoph Butterwegge u.a., *Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein*, Opladen 2002; Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), *Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung*, 2. Aufl. Wiesbaden 2006; dies. (Hrsg.), *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik*, 3. Aufl. Wiesbaden 2006

Meine zentrale These lautet, dass durch die Art, wie Politik, Wissenschaft und (Fach-)Publizistik über Hintergründe des Bevölkerungsrückgangs verhandeln und welche Lösungsmöglichkeiten sie immer öfter erwägen, nicht nur Rechtsextremisten und Neonazis, die sich seit jeher Sorgen um den Fortbestand des deutschen Volkes machen und rigide Gegenmaßnahmen befürworten, Auftrieb erhalten können, vielmehr auch eine Biologisierung bzw. Ethnisierung des Sozialen betrieben wird, die der Entpolitisierung und Entdemokratisierung unseres Landes zwangsläufig Vorschub leistet. In solchen Krisen- und gesellschaftlichen Umbruchphasen wie der heutigen wird den Menschen häufig auf sehr subtile Weise, aber systematisch Angst eingeflößt, die sie gefügig und wehrlos gegenüber als „natürlich“, wenn nicht gar naturgesetzlich erscheinenden Veränderungen macht. Dazu dienen extrem düstere Prognosen und Kassandrarufer im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung, deren Zahl in jüngster Zeit explosionsartig wächst.

1.1 Deutschland im Niedergang: „Greisenrepublik“ und „Altersheim“ rufen geradezu nach Rentenkürzungen

Am 4. September 2003 zierte das Magazin *stern* ein Titelbild, das unter der Überschrift „Die vergreiste Republik“ einen Baum mit verdorrten, aus Gesichtszügen alternder Menschen zusammengesetzten Ästen zeigt. In dem Artikel „Wir haben ein Problem“ heißt es zu Beginn: „Deutschland vergreist. Immer weniger Junge müssen für immer mehr Alte sorgen. Wenn wir nichts ändern, bricht unser ganzer Staat zusammen.“ Im Editorial der Ausgabe vom 30. Juni 2005 verkündete Chefredakteur Andreas Petzold unter der Überschrift „Seniorenheim Deutschland“ die niederschmetternde Botschaft: „Im Jahr 2035 werden die Deutschen das Volk mit dem höchsten Durchschnittsalter weltweit sein!“ (doppelte Anführungszeichen im Original, *Ch.B.*) Im Heftinnern kritisierte Susanne Weingarten unter dem Titel „Älter werden verboten!“, dass eine Frau es mit Ende 30 in Hollywood schwer habe, noch gute Rollen zu bekommen: „Der Jugendwahn in der Filmbranche wird immer absurder.“ Dass man diesen Trend zur Entwertung des Alters und damit sozialdarwinistische Geistesströmungen nach Art des Rechtsextremismus selbst unterstützte, fiel den Blattmachern wahrscheinlich gar nicht auf.

Folgerichtig entspann sich in den Medien eine perfide Debatte über die Rationierung medizinischer Leistungen nach dem Lebensalter von Patient(inn)en. Frank Drieschner räsonierte am 24. Oktober 2002 in der *Zeit* darüber, wie die Folgen des demografischen Wandels zu bewältigen oder wenigstens abzufedern seien: „Teure Transplantationen nur noch für junge Menschen, Zahnersatz auf Kassenkosten nur bei Abschluss einer Zusatzversicherung – das wären wirksame Maßnahmen. Aber wer will das hören?“ Friedrich Breyer, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Konstanz sowie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, sagte dem *Rheinischen Merkur* in einem am 12. Juni 2003 veröffentlichten Interview, dass bei der Altersgrenze von 75 Jahren „ein deutlicher Spareffekt“ eintrete, eher als bei 85 Jahren. Schließlich forderte Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union, am 3. August 2003 im *Tagesspiegel*, 85-Jährigen keine künstlichen Hüftgelenke „auf

Kosten der Solidargemeinschaft“ mehr einzusetzen, womit er eine kontroverse Diskussion auch in CDU und CSU auslöste.

James W. Vaupel, Direktor des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung in Rostock, warnte am 8. April 2004 in der FAZ unter der Überschrift „Deutschlands größte Herausforderung“ davor, „schmerzhaft Anpassungen in den Sozial- und Gesundheitssystemen zu vertagen“, und forderte über die „Agenda 2010“ der Bundesregierung hinausgehende „radikale Veränderungen“. Dass die Sozialreformen „wehtun“ und vor allem seitens der Rentner/innen mehr Opfer gebracht werden müssen, drang aufgrund der gebetsmühlenhaft wiederholten Hinweise auf den demografischen Wandel tief ins Massenbewusstsein ein.

Eine weitere Zuspitzung erfuhr die Debatte, als Jan Dittrich, damaliger Bundesvorsitzender der FDP-Nachwuchsorganisation „Junge Liberale“ (JuLis), am 4. März 2005 im Zusammenhang mit Ergebnissen des 2. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung von der *Bild*-Zeitung mit der Feststellung „Die Alten leben auf Kosten der Jungen“ sowie der Schlussfolgerung „Alte, gebt den Löffel ab!“ zitiert und zum Rücktritt gezwungen wurde. Jörg Tremmel, als Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung für die Rechte künftiger Generationen mit dem Thema befasst, kam am 31. März 2005 in der *Zeit* zu Wort. Er klagte unter der Überschrift „Die fetten Jahre sind vorbei aber nur für die Jüngeren“, der Sozialstaat zerfalle zusehends in eine „neue Zweiklassengesellschaft“, behauptete „Die Älteren verdienen von Jahr zu Jahr mehr – und leisten weniger“ und forderte eine weitere Lockerung des Kündigungsschutzes für rentennahe Jahrgänge: „Denn dann sind die arbeitswilligen fitten Senioren von morgen wahrhaft gleichberechtigt und haben bei Bewerbungen auf Neueinstellungen die gleichen Chancen wie die Jungen.“ Nach dieser Logik liegt die Entrechtung von Beschäftigten grundsätzlich in deren eigenem Interesse und benachteiligt Sozialpolitik generell Menschen, für die sie gemacht wird, denn Schutzrechte bilden ihr zufolge Einstellungsbarrieren gegenüber anderen, die weniger oder überhaupt keinen Arbeitsschutz genießen. Nur wenn alle gleichermaßen rechtlos und auf ihre eigenen Marktchancen zurückgeworfen sind, gäbe es keinerlei Diskriminierung.

1.2 „Der letzte Deutsche“ – stirbt „unser Volk“ aus?

Seit der Jahrtausendwende wandert der ultrarechte Demografiediskurs über die Massenmedien in die politische Mitte. Wenn sie katastrophale Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung unters Volk bringen wollen, dient der Bielefelder Emeritus Herwig Birg den Medienmachern meist als Kronzeuge. Da behauptete die liberale *Zeit* am 2. Januar 2003 unter Rückgriff auf Berechnungen von Birg, die Deutschen würden „in 100 Jahren“ auf 25 Mio. schrumpfen, und die *Bild*-Zeitung scheute sich am 15. März 2006 nicht, ihn mit den Worten „2300 liegen wir bei 3 Mio., also kurz vorm Aussterben“ zu zitieren. Als wüsste heute jemand, was bis dahin passiert und wie es sich auf die Einwohnerzahl der Bundesrepublik – falls diese dann überhaupt noch existiert – auswirkt!

Am 5. Januar 2004 erschien der *Spiegel* mit einem Baby in schwarz-rot-goldenen Windeln auf der Titelseite, das eine Hantel voll älterer Menschen stemmt, unter der Überschrift: „Der letzte Deutsche. Auf dem Weg zur Greisenrepublik“. In dem dazu gehörenden Artikel „Land ohne Lachen“ wird kritisiert, dass Bevölkerungspolitik in Berlin (gemeint: nach 1945) kaum je auf der Tagesordnung stand. Susanne Mayer warb in einem Artikel „Her mit den Kindern!“, den die *Zeit* am 4. März 2004 veröffentlichte, für ein „Projekt Junges Deutschland“, das Bevölkerungspolitik mache: „Bevölkerungspolitik heißt, den Menschen offen zu sagen, dass wir mehr Kinder brauchen – und zu diesem Zweck alle Kräfte bündeln müssen.“

Horrorszenarien wie die genannten lassen Forderungen nach einer geburtenfördernden Bevölkerungspolitik, die seit dem sog. Dritten Reich tabuisiert waren, wieder legitim, ja für die Fortexistenz der Bundesrepublik lebenswichtig erscheinen. Edmund Stoiber forderte bereits um die Jahrtausendwende eine „aktive Bevölkerungspolitik“, was selbst die konservative Tageszeitung *Rheinische Post* (v. 14.4.2001) zu der Bemerkung veranlasste: „Das klingt nach Mutterkreuz.“ In der rechtsextremen Wochenzeitschrift *Junge Freiheit* (v. 28.12.2001) berief sich Paul Rosen auf die „Argumentationslinie des bayerischen Ministerpräsidenten“, dass die Existenzprobleme der Bundesrepublik nicht gelöst würden, „wenn man 30jährige Zuwanderer ins Land strömen läßt, während 45jährige Deutsche heute in vielen Fällen als nur noch schwer vermittelbar gelten“. Rechtsextreme Gazetten stützen sich auf Berichte und Berechnungen bürgerlicher Massenmedien, um ihre teilweise absurden demografischen Behauptungen seriös erscheinen zu lassen.

Im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2000 sorgte die Parole „Kinder statt Inder“ für großen Wirbel, mit der Jürgen Rüttgers, erfolgloser Spitzenkandidat und heute Ministerpräsident des größten deutschen Bundeslandes, die Green-Card-Initiative von Kanzler Schröder bekämpfte. Sie wurde in der *Jungen Freiheit* (v. 14.7.2000) als „hilflose Formulierung“ abqualifiziert, die nicht richtig ausgedrückt habe, was Rüttgers meinte: „Die Kinder müssen nicht nur besser ausgebildet werden, sondern es muß auch wieder mehr Geburten geben, um die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes befriedigen zu können.“

Sinkt die Bevölkerungszahl – wie erwartet – stark, kann diese Entwicklung durch Steigerung der Geburtenrate (mehr Kinder) und/oder verstärkte Zuwanderung (Inder) umgekehrt werden. Wenn man sowohl unterstellt, dass die Prognosen der Bevölkerungswissenschaft im Hinblick auf die Entwicklung der Einwohnerzahl Deutschlands zutreffen, als auch der Überzeugung ist, dass diese möglichst konstant gehalten werden sollte, sind bloß zwei Wege denkbar, um das gesteckte Ziel zu erreichen: die Erleichterung der Zuwanderung einerseits und die Förderung der Geburten (von Einheimischen) andererseits. Altkanzler Helmut Schmidt meinte in der von ihm mitherausgegebenen *Zeit* (v. 4.1.2001), man könne zum einen „die Schleusen für junge Zuwanderer von außerhalb der EU noch viel weiter öffnen. Dagegen spricht unsere (?) Abneigung und unsere (?) offenkundige Unfähigkeit zur Assimilation – wir haben uns schon heute überfordert. Alle politische Vernunft spricht gegen diesen Weg. Zum anderen kann man mit

vielerlei Mitteln die Kinderfreudigkeit in Deutschland wieder auf jenes Niveau heben, dessen wir uns vor dem Pflanzknick seit den sechziger Jahren erfreut haben.“

An selbiger Stelle forderte Schmidt unverhohlen eine „Politik für mehr Kinder“, die sich, wie er allerdings einräumt, nicht sofort auswirkt: „Die Wiederherstellung eines gesunden Altersaufbaus unserer Gesellschaft wird Jahrzehnte brauchen. Gleichwohl liegt hier – angesichts unserer stetig schrumpfenden und stetig überalternden Gesellschaft – eine der wichtigsten langfristigen Aufgaben! Dabei geht es nicht bloß um die Finanzierbarkeit zukünftiger Renten, sondern ganz grundsätzlich besteht absehbar die Gefahr des Verlustes an Vitalität und Kreativität der Nation – ein Verlust, der noch schwerer wiegen könnte als die Beeinträchtigung des Wohlfahrtsstaates. Hier wird Umdenken und Umlenken zu einer nationalen Aufgabe!“

Dass der am 18. November 2005 unterzeichnete Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD die Feststellung „Deutschland braucht mehr Kinder“ trifft, deutet auf eine Rechtsverschiebung seiner politischen Kultur wie im Massenbewusstsein hin. Denn ein solcher Satz hätte in der Bundesrepublik vor 1989/90 aufgrund der NS-Vergangenheit noch als reaktionär, wenn nicht rechtsextrem gegolten. Nun sind die beiden Volksparteien natürlich nicht quasi über Nacht zu Neonazi-Organisationen mutiert, aber ihnen fehlt genauso wie den Massenmedien die nötige Sensibilität, um mit dem Thema „Demografie“ in einer Weise umzugehen, die kein Wasser auf die Propagandamühlen von NPD, DVU, REPublikanern, „pro Köln“, „pro NRW“, „pro Deutschland“ usw. leitet.

Man kann ohne Übertreibung von einem (bevölkerungs)politischen Paradigmenwechsel und einem Meinungsumschwung sprechen, der sowohl das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft wie auch zwischen den Bundesbürger(inne)n und ihrem Staat fundamental verändert: In der deutschen Öffentlichkeit ist mittlerweile nicht mehr umstritten, dass die Geburtenzahl erhöht werden muss, sondern nur noch, wie dies am besten und kostengünstigsten erreichbar ist. Genoss der/die Einzelne früher wie selbstverständlich soziale Grundrechte, welche ihm/ihr der Wohlfahrtsstaat garantierte, dominieren heute Pflichten wie die Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber, durch Aufzucht von Nachwuchs für deren Reproduktion zu sorgen.

Neben dem *quantitativen* spielt auch der *qualitative* Pronatalismus wieder eine wachsende Rolle, also die Konzentration der Nachwuchsförderung auf die oberen Gesellschaftsschichten. *Bild am Sonntag* zitierte Daniel Bahr, den Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für demografische Entwicklung und Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei, am 23. Januar 2005 mit den Worten: „In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder. Es ist falsch, daß in diesem Land nur die sozial Schwachen die Kinder kriegen.“ Bahr hatte weiter gesagt: „Wir brauchen mehr Kinder von Frauen mit Hochschulabschluß als von jenen mit Hauptschulabschluß.“ Mit dem *Spiegel* klagte das größte deutsche Nachrichtenmagazin am 12. September 2005 unter Hinweis auf die angeblich signifikant höhere Kinderlosigkeit von Akademikerinnen: „Die Elite der Republik reproduziert sich nicht.“

Nötig wäre in Wirklichkeit eine Politik für (arme) Kinder, nicht für *mehr* Kinder, die Elternschaft als solche fördert, anstatt nur Eltern zu fördern, die der Unterstützung bedürfen, um ihrem Nachwuchs ausreichend gute Lebensbedingungen bieten zu können. Niemand leugnet, dass die Bevölkerung der Bundesrepublik altert und dass ihre Zahl der Tendenz nach abnimmt, wenn keine liberalere Migrations- und weniger restriktive Integrationspolitik gemacht wird, als sie das 1. Januar 2005 nach mehrjährigen Konflikten zwischen SPD und CDU/CSU in Kraft getretene Zuwanderungs(begrenzungs)gesetz vorsieht. Wenn die deutsche Gesellschaft will, kann sie den demografischen Wandel wie seine Folgen für Ökonomie, Sozialstaat und Stadt- bzw. Raumplanung allerdings solidarisch bewältigen, denn sie ist so reich wie nie. Was ihr fehlt, sind Maßnahmen der sozialen Umverteilung von oben nach unten, die der Bekämpfung von öffentlicher wie von privater Armut dienen würden.

2. Der mediale Zuwanderungsdiskurs: Massmigration, Überflutung und Überfremdung als Hauptparadigma

Über die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer berichten deutsche Massenmedien ähnlich wie über das Ausland, nämlich praktisch nur im Ausnahmefall, der möglichst spektakulär sein und katastrophische Züge tragen sollte. Meist werden Zuwanderer mit Unordnung, Chaos und (Gewalt-)Kriminalität in Verbindung gebracht. (Mafia-)Morde, (Banden-)Raub und (Asyl-)Betrug sind Delikte, über die im Zusammenhang mit ethnischen Minderheiten oft berichtet wird. Ein angelsächsisches Bonmot über Pressemeldungen („Only bad news is good news“) abwandelnd, kann man feststellen: Nur böse Ausländer sind für die Medien gute Ausländer!

Wie es scheint, werden Menschen, die zuwandern, von Journalisten primär nach zwei Kriterien beurteilt: einerseits nach ihrer Leistung für die Deutschen bzw. unseren „Wirtschaftsstandort“ (Nutzen) und andererseits nach ihrer ethnischen Abstammung. Migration erscheint als Belastung, Bedrohung oder Bereicherung der Einheimischen, jedoch selten als Normalität in einer globalisierten Welt. Während das Kapital in Sekundenbruchteilen alle Grenzen überwindet, werden Arbeitskräfte dort zurückgehalten, außer es handelt sich um hoch qualifizierte Experten oder junge Familien, die als demografische Lückenbüßer fungieren. Überschriften wie „Zuwanderer bremsen Alterung“ (Frankfurter Rundschau v. 7.6.2006), „Wegen Überalterung und Facharbeitermangels: Deutschland braucht mehr Ausländer“ (Süddeutsche Zeitung v. 26.6.2007) oder „Migranten gegen den Arbeitskräftemangel“ (Die Welt v. 26.6.2007) lassen erkennen, dass die Medien kaum Anstoß daran nehmen, wenn Zuwanderer nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit beurteilt werden.

„Ethnisierung“ ist ein sozialer Exklusionsmechanismus, der Minderheiten schafft, diese fast immer *negativ* etikettiert und damit Privilegien einer dominanten Mehrheit zementiert. Je mehr die Konkurrenz im Zuge der Globalisierung, genauer: der neoliberalen Modernisierung bzw. der Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes, etwa durch die von den Massenmedien stimulierte „Standortdebatte“ ins Zentrum zwi-

7

schenstaatlicher wie -menschlicher Beziehungen rückt, desto leichter lässt sich die ethnische bzw. *Kultur*differenz politisch aufladen. Wenn ethnische Differenzierung als Voraussetzung der Diskriminierung und einer sozialen Schließung gegenüber Migrant(inn)en charakterisiert werden kann, treiben die Medien den Ausgrenzungsprozess voran, indem sie als Motoren und Multiplikatoren der Ethnisierung wirken.

2.1 „Ausländerkriminalität“ in der Medienberichterstattung

Das fängt schon bei der Wortwahl und der Nennung von Täternamen an. „Wanderungswellen“, „Migrationsströme“ und „Asylantenfluten“ machen Angst. Ob die Fernsehmoderatorin, der Radioreporter bzw. der Zeitungsredakteur von „Asylanten“ oder „Flüchtlingen“ spricht, ist ein wichtiger Unterschied. Und wenn in der Kriminalitätsberichterstattung einer Lokalzeitung nichtdeutsche Täternamen ausgeschrieben werden, verfestigt sich der Eindruck, die „Ausländerkriminalität“ sei im Wachsen begriffen. Dies gilt auch, wenn solche Namen abgekürzt werden, daraus jedoch die ethnische Herkunft der (mutmaßlichen) Täter hervorgeht. Da muss die Schlagzeile gar nicht „Tod im Gemüseladen: Türke erschöß Libanesen. Hintergründe der Tat laut Polizei noch ungeklärt/Schutzgelderpressung oder Familienfehde?“ (Weser-Kurier v. 22.5.1999) lauten oder die Polizei im Zusammenhang des sog. Gammelfleisch-Skandals von einer „Döner-Mafia“ (zit. nach: Kölner Stadt-Anzeiger v. 7.9.2006) sprechen, um rassistische Klischees und Stereotypen in den Köpfen zu verstärken oder entsprechende Einstellungsmuster zu reaktivieren.

Während die Vertreter/innen ethnischer Minderheiten eher im Kollektiv auftauchen, auch wenn nicht immer explizit von „ausländischen Banden“ die Rede ist, werden Deutsche überwiegend als „Einzeltäter“ dargestellt. Ein gutes Beispiel dafür lieferte die rheinische Boulevardzeitung *Express* am 21. Oktober 1999: Ihr Aufmacher auf Seite 1 lautete: „Balkan-Bande hops genommen. Danke, Polizei! – Hunderte Einbrüche in und um Köln aufgeklärt“, während ein „Burgenkönig vor Gericht: Wie oft hat er betrogen?“ überschriebener Artikel vergleichsweise klein war und erst auf Seite 28 stand, obwohl es dabei um einen Schaden in Millionenhöhe ging.

Über mehrere Jahre hinweg waren junge Taschendiebe aus Südosteuropa ein Topthema der Boulevardpresse, die das Ausländerbild der Deutschen maßgeblich prägt. Am 9. November 1999 machte der *Express* beispielsweise mit der Schlagzeile „Passen Sie auf! Klau-Kinder in der Stadt“ auf, am 22. August 2002 veröffentlichte er unter der Überschrift „Die Klau-Kids von Köln. Sie haben Hunderte von Menschen überfallen und beklaut. Und sie laufen frei herum“ nach Art eines Fahndungsaufrufs die Bilder von 53 überwiegend dunkelhäutig aussehenden Jugendlichen. Nachdem sich der Verleger persönlich für die rassistische Stimmungsmache seines Blatts entschuldigt hatte, schien das Thema erledigt. Rechtzeitig zur Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland griff es die *Bild*-Zeitung jedoch erneut auf. Unter dem Titel „WM-Alarm: Klau-Kids wieder da!“ berichtete sie am 25. April 2006 über Banden kleiner Trickdiebe „aus Süd- und Lateinamerika und Osteuropa“, die es besonders auf Touristen in der Domstadt abgesehen hätten.

2.2 Zunahme der Zerrbilder: Terrorismushysterie und Islamophobie nach dem 11. September 2001

Für die Migrationsberichterstattung stellten die Attentate auf das World Trade Center und das Pentagon eine Zäsur dar. Zumindest in Westdeutschland löst der arabische oder türkische Moslem seither den südeuropäischen „Gastarbeiter“ und den schwarzen Asylbewerber als dominantes Ausländerstereotyp ab. Gleichzeitig war eine dreifache Modifikation der Migrationsberichterstattung feststellbar:

1. verschränkten sich der Migrations- und der Kriminalitätsdiskurs noch stärker als während der Asyldebatte 1991/92;
2. wurde der Kriminalitätsdiskurs politisch-ideologisch aufgeladen, verschärfte sich zum Terrorismusdiskurs und durch die massenhafte Verbreitung der „Kulturkampf“-Metapher zu einem global angelegten Kriegsdiskurs;
3. überwog die Tendenz zur „Islamisierung“ des Migrations- wie des Kriminalitätsdiskurses. Außenpolitisch spielten die EU-Beitrittspläne der Türkei, innenpolitisch das Kopftuch von Musliminnen, „Ehrenmorde“ und Zwangsheiraten eine Schlüsselrolle.

Nunmehr verdunkelte sich nicht bloß das Islambild deutscher Medien, sondern feierte auch die Deutung der Weltpolitik als „Kampf der Kulturen“ (Samuel P. Huntington) bzw. „Krieg der Zivilisationen“ (Bassam Tibi) fröhliche Urständ. Der damalige *Zeit*-Mitherausgeber und -Chefredakteur Josef Joffe schrieb für die am 13. September 2001 erscheinende Ausgabe, welche für das Blatt ungewohnt reißerisch und mit roten Lettern „Krieg gegen die USA“ verkündete, einen Leitartikel unter dem Titel „Die Zielscheibe: unsere Zivilisation. Terror total und global“. Dort hieß es: „In dieser Woche scheint der Harvard-Politologe Samuel Huntington mit seinem viel gescholtenen *Kampf der Kulturen* (1995) auf schrecklichste Weise Recht zu bekommen.“ Obwohl Huntington die *kulturellen* bzw. *religiösen* Gegensätze zwischen Abend- und Morgenland im Vergleich zu *ökonomischen*, *politischen* und *sozialen* Faktoren überbewertet, die *Unterschiede* im Vergleich zu den ideologischen *Schnittmengen* bzw. *Gemeinsamkeiten* jedoch signifikant überzeichnet hatte, veröffentlichte die *Zeit* im Vorfeld des ersten Jahrestages der Terroranschläge am 5. September 2002 ein Interview mit Huntington unter dem Titel „Die blutigen Grenzen des Islam“ und bescheinigte dem prominenten Wissenschaftler: „Nine-eleven war (...) die perfekte Illustration Ihrer These. Es war nicht ein Krieg zwischen Staaten wie im 19. Jahrhundert oder Ideologien wie im 20., sondern der Angriff einer privat operierenden islamistischen Gruppe gegen ein Sinnbild der westlichen Zivilisation, Amerika.“ Auf die Frage, ob ihn der 11. September bestätigt habe, antwortete Huntington („In gewisser Hinsicht schon“) allerdings sehr verhalten.

Osama bin Laden und Al Qaida wurden zu Chiffren, welche die Feindschaft gegenüber der westlichen Zivilisation symbolisieren. Terrorismus, Fundamentalismus und Islamismus avancierten in vielen Medien zu einer gleichermaßen omnipräsenten wie -potenten Gefahr, der man gemeinsam mit US-Präsident George W. Bush in kriegerischer Manier entgegentrat. Überwunden geglaubte Klischees beherrschten wieder die Titelseiten großer deutscher Nachrichtenmagazine wie auch Dokumentationen vieler Fernsehsender. Hier seien nur das *stern*-Titelbild vom 27. Sep-

tember 2001, wo ein dunkelhäutiger Mann mit Vollbart und Sonnenbrille zu sehen ist, in deren Gläsern sich unter der Überschrift „Terror-Gefahr in Deutschland. Geheimdienste warnen vor Anschlägen radikaler Muslime“ die brennenden Türme des World Trade Center spiegeln, sowie das Titelbild eines *Spiegel special* (2/2003) zum Thema „Allahs blutiges Land. Der Islam und der Nahe Osten“ genannt, wo von verschleierte Musliminnen über einen bärtigen Fanatiker mit bluttriefendem Krummdolch bis zum flammenden Inferno über Juden alle Stereotype bedient werden.

Auch der vorübergehend liberalere Zeitgeist in der Migrationspolitik wandelte sich wieder, weil Islamisten, Terroristen und „Schläfer“ nach dem 11. September das Zerrbild der muslimischen Migranten bestimmten. Zuwanderer wurden fortan noch stärker mit (Gewalt-)Kriminalität, Emotionalität und Irrationalität, Rückständigkeit und Unberechenbarkeit, wenn nicht gar religiösem Fundamentalismus und politisch-ideologischem Fanatismus in Verbindung gebracht. Noch lange nach den Attentaten dominierten in deutschen Massenmedien die Bilder der brennenden Zwillingstürme, militärische Metaphern und eine martialische Sprache.

„Jetzt droht Kampf der Kulturen“ (Rheinische Post v. 4.2.2006), „Sich rüsten für den Kampf der Kulturen“ (Welt am Sonntag v. 19.2.2006) oder „Kampf der Kulturen“ (FAZ v. 13.4.2006) lauteten typische Schlagzeilen zum sog. Karikaturenstreit und zu der Auseinandersetzung um den türkischen Film „Tal der Wölfe“, wie man sie seinerzeit in fast allen Zeitungen der Bundesrepublik finden konnte. Bei dem von Politikern und Publizisten gleichermaßen beschworenen „Kampf der Kulturen“ handelt es sich um ein Deutungsmuster sozioökonomischer Konflikte, bei dem die Projektion von Feindbildern erneut an die Stelle der Bereitschaft zur Kooperation zwischen großen Teilen der Menschheit tritt. Eine von wenigen Fundamentalisten, rechten Scharfmachern und religiösen Fanatikern inszenierte Konfrontation, die letztlich nur der Provokation von Andersdenkenden bzw. -gläubigen dient und zur (militärischen) Eskalation drängt, wird als unausweichliche, der ganzen islamischen Religion/Kultur zugeschriebene Auseinandersetzung von wahrhaft historischer Tragweite interpretiert. Ein solches Paradigma reduziert, wenn es sich in den Köpfen festsetzt, die Chancen für Kompromisse und das friedliche Zusammenleben aller Erdenbürger/innen auf ein Minimum.

2.3 Liegen „uns“ die Türken auf der Tasche, wenn das Land in die EU aufgenommen wird?

Genau ein Jahr und einen Tag nach den Terroranschlägen von New York und Washington D.C. veröffentlichte Hans-Ulrich Wehler in der *Zeit* (v. 12.9.2002) einen Gastbeitrag, dessen Titel „Das Türkenproblem. Der Westen braucht die Türkei – etwa als Frontstaat gegen den Irak. Aber in die EU darf das muslimische Land niemals“ die antiislamische Stoßrichtung der Diskussion darüber deutlich erkennen ließ. Auch rassistische Untertöne waren nicht zu überhören, wenn der Bielefelder Historiker schrieb: „Nach geografischer Lage, historischer Vergangenheit, Religion, Kultur, Mentalität ist die Türkei kein Teil Europas. Weshalb sollte man 65 Millionen muslimischen Anatoliern die Freizügigkeit gewähren, sich auf unabsehbare Zeit mit einem kostspieligen Versorgungsfall belasten?“ Wehler

beschwor die „Kulturgrenzen“ zwischen Europa und der Türkei, woraus sich für ihn die Behauptung ergab: „Überall in Europa erweisen sich muslimische Minderheiten als nicht assimilierbar und igeln sich in ihrer Subkultur ein. Auch die Bundesrepublik hat bekanntlich kein Ausländer-, sondern ausschließlich ein Türkenproblem.“

Als der mit den Namen von Osama bin Laden und Al Qaida verbundene Bombenterror mit den Anschlägen auf Vortzüge in Madrid am 11. März 2004 auch Europa traf, wurde das migrationspolitische Klima noch rauer. Nach der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh am 2. November 2004 erlebte die Bezeichnung „Parallelgesellschaft“ als Mode- und Konträrbegriff zur „multikulturellen Gesellschaft“ ihren medialen Durchbruch. Mit der Debatte darüber, die in einem „Die Schlacht um Europa“ überschriebenen Artikel von Gilles Kepel in der *Welt am Sonntag* vom 21. November 2004 und im Titelblatt der am Tag darauf erschienenen Ausgabe des *Focus* „Unheimliche Gäste. Die Gegenwelt der Muslime in Deutschland“ gipfelte, wurde das Feindbild des Kalten Krieges einerseits restauriert und andererseits modernisiert.

Teilweise wird offen Stimmung gegen Muslime gemacht. Da nährte der Dramatiker Botho Strauß durch historische Reminiszenzen an Kreuzzüge, Türkenkriege und Reconquista die Furcht vor einer Islamisierung des Westens, als er im *Spiegel* (v. 13.2.2006) fragte, „ob die erfolgreichen Abwehrkämpfe, die das christliche Europa einst gegen den Ansturm arabischer Mächte führte, von heute aus gesehen nicht umsonst gewesen sind. Der zur Mehrheit tendierende Anteil der muslimischen Bevölkerung von Amsterdam und anderen Metropolen braucht unsere Toleranz bald nicht mehr.“ Zwar könnten dort die Migrant(inn)en in ferner Zukunft mehrheitsfähig werden, aber es handelt sich bei ihnen keineswegs nur um Menschen derselben Religionszugehörigkeit, und sie dürften auch kaum alle zum Islam konvertieren. Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der FAZ und Bestsellerautor, beschwor in einem Gespräch mit demselben Nachrichtenmagazin (*Der Spiegel* v. 6.3.2006) die Gefahr, dass „die westliche, aufgeklärte Kultur, die aus abendländischen, christlichen Werten stammt“, den Muslimen aufgrund ihrer höheren Fertilität nicht gewachsen sei: „Jeder weiß, dass ein Teil der islamischen Welt uns den Krieg erklärt hat. Die muselmanische Reconquista hat demografische Ursachen, die Geburtenrate wird in diesen Ländern noch bis ins Jahr 2050 wachsen.“

Auch die kampagnenartige Berichterstattung über „Zwangsverheiratungen“ von Mädchen und Frauen sowie „Ehrenmorde“ hatte (kultur)rassistische Untertöne. Mediendarstellungen wirkten stigmatisierend und verstärkten den Eindruck, dass sich die muslimischen Migranten, Türken zumal, in „Parallelgesellschaften“ verschanzen, ihre Frauen unterdrücken und einfach nicht „zu uns“ passen, vielmehr dorthin gehören, wo sie herkommen und ihrer fremdartigen Kultur gemäß leben können. Gerade in jüngster Zeit schlug das Thema „Migration und (mangelnde) Integration von Zuwanderern“ wieder hohe Wellen. Anknüpfungspunkte einer Debatte, die Integration fast nur noch als mit harten Sanktionsdrohungen durchzusetzende Zwangsveranstaltung begreift und besonders Muslimen immer mehr Vorleistungen im Hinblick auf Sprachkurse sowie Einbürgerungstests abverlangt, waren der sog. Karikaturenstreit, seine gewalttätigen Folgewirkungen und die fast ausnahmslos mit einem hohen Anteil von Jugendlichen türkischer bzw. arabischer Herkunft erklärte Brutalität an der Rütli-Oberschule (Hauptschule) in Berlin-Neukölln. Unter der

Schlagzeile „Ausländer-Politik: So hat der Staat versagt“ behauptete die *Bild*-Zeitung am 6. April 2006, jahrzehntelang seien Kriminalität, Arbeitslosigkeit und mangelnde Deutschkenntnisse von Ausländern tabuisiert worden: „Erst der Hilfeschrei der Lehrer aus der Berliner Rütli-Schule hat die Politik aufgeschreckt.“ Weiter hieß es zur Situation in deutschen Großstädten, Ausländer konzentrierten sich vielfach in bestimmten Stadtvierteln wie Berlin-Neukölln. „Dort schotteten sich Ausländer verschiedener Nationalitäten (v.a. Türken und Araber) vom Rest der Bevölkerung ab – und leben oft nach ihren eigenen Gesetzen.“

2.4 Angstmache durch Beschwörung einer „Islamisierung“ der Mehrheitsgesellschaft: Moscheen, Minarette und Muezzine

Als eine Frankfurter Familienrichterin im März 2007 einer Scheidungswilligen die Aufhebung des Trennungsjahres verweigerte, weil die mit einem gewalttätigen Marokkaner verheiratete Frau habe voraussehen müssen, dass er sein religiös verbrieftes Züchtigungsrecht wahrnehme, empörten sich die Medien nicht etwa über die verkürzte, unhistorische Koran-Auslegung der Juristin, sondern über ihre Rücksichtnahme auf eine fremde Kultur und Rechtsauffassung, die darin zum Ausdruck komme. In einem *Spiegel* (v. 26.3.2007), dessen Titelbild das Brandenburger Tor unter einem türkischen Halbmond zeigt und die Überschrift „Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung“ trägt, wurde die Frage gestellt: „Haben wir schon die Scharia?“

Zuletzt sorgte der Konflikt um den Bau einer Zentralmoschee im Kölner Stadtteil Ehrenfeld bundesweit für Schlagzeilen. Wie üblich, wenn hierzulande ein repräsentatives Gotteshaus für Muslime errichtet werden soll, erregten die Weite der Kuppel, die Höhe der Minarette, die Lautstärke des Muezzin-Rufes und die Zahl der geplanten Parkplätze monatelang die Gemüter (nicht nur) der Anwohner/innen. Politisch brisant war der Vorgang, weil die mit fünf Abgeordneten im Kommunalparlament vertretene rechtspopulistische „Bürgerbewegung pro Köln“ den Widerstand nach Kräften stimulierte und koordinierte. Während alle übrigen Stadtratsfraktionen frühzeitig ihre Zustimmung signalisierten, wurde in der örtlichen CDU lange und heftig um die Position zu den Bauplänen gerungen. Gegen das Plädoyer des christdemokratischen Oberbürgermeisters Fritz Schramma beschloss eine Mitgliederversammlung seiner Partei am 14. August 2007 zahlreiche Auflagen, die in der Summe einer verklausulierten Ablehnung des Projekts glichen.

Zwar verurteilten die Massenmedien das Wirken von „pro Köln“ im Hintergrund einer „Anwohnerinitiative“ gegen den Moscheebau, die Unterschriften für ein Bürgerbegehren sammelte und eine Demonstration mit international bekannten Rechtsextremisten organisierte, zeigten aber demonstrativ Verständnis für Bedenken hinsichtlich der Lage, Größe und architektonischen Gestaltung des Bauwerks. In der Lokal- wie auch in der überregionalen Presse tat man so, als ob es sich bei den vorgeschobenen Kritikpunkten an Einzelheiten des Bauplans um triftige Gegenargumente und berechtigte Einwände handle, verkannte jedoch völlig, dass selbst Neonazis, wohl wissend um die im Grundge-

setz verankerte Religionsfreiheit, den Moscheebau gar nicht generell ablehnen, sondern gleichfalls Detailkritik (an der „Großmoschee“) vorschieben, um ihre rassistische Abwehrhaltung dahinter zu verstecken.

Die größte Lokalzeitung, der *Kölner Stadt-Anzeiger*, ließ eine repräsentative Umfrage zum Moscheebau durchführen, ohne sich die Frage zu stellen, ob je eine Synagoge in Deutschland errichtet worden wäre, wenn man die Bevölkerung darüber hätte abstimmen lassen. Wie unterschiedlich man demoskopische Ergebnisse deuten und verarbeiten kann, zeigte die mediale Präsentation der Umfrageergebnisse. Während die Schlagzeile auf S. 1 der Zeitung am 20. Juni 2007 „Kölner gegen Moschee in geplanter Größe“ verkündete, wies die Überschrift „Zwei Drittel der Kölner halten Bau generell für richtig. Mehrheit sieht darin einen Beitrag zur besseren Integration der Muslime“ auf S. 29 des Lokalteils vom selben Tag genau den entgegengesetzten Tenor auf. Hier wurde nach prinzipieller Zustimmung (62,7%), Zweifeln an der Dimensionierung des geplanten Gebäudes (27,1%) und Ablehnung (31,4%) unterschieden. Noch größer war die Akzeptanz des Moscheebaus in dem betroffenen Stadtteil selbst. In der *taz* (Köln), die sich am Tag darauf über die widersprüchliche Darstellung ihres Konkurrenzblatts mokierte, sprach der örtliche DGB-Vorsitzende Wolfgang Uellenberg von „integrationsfeindlicher Stimmungsmache“, die er als „verantwortungslos“ brandmarkte.

Durch die Art und Weise, wie man in der Öffentlichkeit über Ausländer/innen, Flüchtlinge, Arbeitsmigrant(inn)en und ethnische Minderheiten, aber auch die Möglichkeit eines gedeihlichen Zusammenlebens mit ihnen spricht, entscheidet sich, ob eine Ausgrenzung von „Fremden“ um sich greift und die Gesellschaft zerfällt oder eine gemeinsame Perspektive für alle ihre Mitglieder entwickelt werden kann. Gerade nach Ereignissen wie der pogromartigen Hetzjagd auf indische Migranten in Mügeln sollten sich Journalist(inn)en ihrer Verantwortung für das Gelingen der Integration stets bewusst sein.